

Überhitzte Gesellschaft

Formen und Folgen epistemisierter Krisenpolitik

Alexander Bogner

Einleitung

Die Klimaforschung hat uns mittlerweile mit ausreichenden Informationen darüber versorgt, welche Faktoren dazu beitragen, das Klima aufzuheizen. An erster Stelle steht dabei der Ausstoß von Treibhausgasen. Aber welche Faktoren tragen dazu bei, die Gesellschaft aufzuheizen? Können Gesellschaften sich erwärmen und vielleicht sogar überhitzen? Claude Lévi-Strauss hat die Vorstellung populär gemacht, dass es »warme« und »kalte« Gesellschaften gibt (Lévi-Strauss, 1975, S. 39f.). Primitive Gesellschaften sind diesem Schema zufolge »kalt«, weil sie Stabilität und Ordnung ihrer Veränderungsresistenz verdanken. Rituale und Traditionen sorgen dafür, dass Handeln und Entscheiden im Konsens passieren. »Warme« Gesellschaften hingegen stabilisieren sich dynamisch, durch ständige Veränderung. Diese Gesellschaften sind in sämtlichen Funktionsbereichen auf ein »Mehr« programmiert (mehr Inklusion, Wissen, Kapital usw.). Soziale Konflikte, die den Unterschieden zwischen Klassen und Schichten geschuldet sind, stellen die zentralen Antriebskräfte der Kulturentwicklung dar. So in etwa lautete die an der Klassengesellschaft orientierte Vorstellung des französischen Anthropologen.

Die Rede davon, dass wir nicht länger in der Klassengesellschaft, sondern in einer Wissensgesellschaft leben, war immer mit der Hoffnung auf gesellschaftliche Abkühlung verbunden (vgl. Lane, 1966). Die steigende Bedeutung wissenschaftlichen Wissens für die Politik galt als Indiz für eine Rationalisierung, die nur mehr wenig Raum ließ für erbitterte Interessenkämpfe. Die Übernahme wissenschaftlicher Relevanzen und Einsichten durch breite Schichten der Bevölkerung wurde als Garant für pragmatisches Handeln und abgeklärte Konfliktlösung verstanden. Die Herrschaft der Dogmen und Ideologien schien endgültig überwunden, und so konnte sich die Wissensgesellschaft als eine aufgeklärte Gesellschaft verstehen, wobei der soziale Friede durch die abnehmende Bedeutung von Politik und Protest garantiert war.

Im Folgenden wird argumentiert, dass so etwas paradox Erscheinendes wie eine aufgeheizte oder gar überhitzte Wissensgesellschaft, durchaus möglich ist. Begründet ist dies durch die besondere Austragungsform politischer Konflikte in diversen Krisen. Sofern die Durchsetzung von Macht von der Plausibilisierung normativer Standpunkte durch epistemische Kategorien abhängt, konzentriert sich der politische Streit auf die Aspekte von Wissen und Wahrheit. Diese »Epistemisierung des Politischen« (Bogner, 2021) wird dann anhand der Frage greifbar, wer in der politischen Arena über das bessere Wissen verfügt. Dies wird am Beispiel der Klima- und Coronakrise dargestellt (Kapitel 2). Auch die Krise der Demokratie verführt vielfach zu der Annahme, dass ein Mehr an Wissen die Rettung darstellen könnte (Kapitel 3). Die heute meist unter dem missverständlichen Begriff der Wissenschaftsskepsis subsumierten Proteste gegen das Impfen oder moderne Technologien lassen sich als Aufbegehren gegen die Zumutungen epistemisierter Krisenpolitik verstehen (Kapitel 4). Sie machen deutlich, dass die Wissensgesellschaft durchaus das überraschende Potenzial hat, politische Konflikte durch den Versuch ihrer Rationalisierung aufzuheizen (Kapitel 5).

Klimakrise, COVID-19 und der Kampf ums bessere Wissen

In diesem Abschnitt wird ein erstes Beispiel für jenes Phänomen gegeben, das in der Einleitung in den Begriffen einer epistemisierten Krisenpolitik bzw. einer Epistemisierung des Politischen eingeführt wurde. Gemeint ist damit, dass heute in vielen Fällen für die jeweilige politische Mission in den Kategorien des Wissens, der Wahrheit und Vernunft gestritten wird (Bogner, 2021). Das heißt, man geht davon aus, dass eine verantwortungsvolle, fortschrittliche Politik allein dann denkbar und möglich wird, wenn sie unmittelbar und nahtlos aus dem besten verfügbaren Wissen abgeleitet ist. Die steile Karriere des aus der Medizin entlehnten Konzepts evidenzbasierten Entscheidens (»evidence-based policy making«) versinnbildlicht diesen Prozess der Epistemisierung. Das Problem besteht natürlich nicht darin, dass sich die Politik (oder die Medizin) auf Wissen stützt; es geht vielmehr darum, dass der Rekurs auf eine Sachautorität (Expertenwissen, Rechtsnormen, Richtlinien) den politischen Diskurs ersetzt oder stark einengt. An die Stelle einer offenen Debatte um das normativ Wünschenswerte tritt eine Auseinandersetzung über das Faktische, also über das wissenschaftliche Sachhaltige oder rechtlich Zulässige. Diese Verengung des Diskurses kann manchmal legitim sein, aber nicht im Regelfall.

Diese Tendenz zu einer Epistemisierung des Politischen lässt sich in verschiedenen Kontexten aufzeigen. So leidet beispielsweise die gegenwärtige Migrationsdebatte an einer Fixierung auf den juristischen Sachverstand. Dies dokumentiert sich darin, dass etwa die Forderung nach Zurückweisungen an den Grenzen vor allem hinsichtlich ihrer europarechtlichen (Un-)Zulässigkeit debattiert wurde (Krude,

2024). Weitergehende normative Fragen mit Bezug auf Basiswerte wie Solidarität oder Humanität traten damit in den Hintergrund. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch mit Blick auf die vergangene Pandemie bzw. die andauernde Klimakrise beobachten.

In der Pandemie herrschte zu Beginn ein enges Problem-Framing, das heißt, die Pandemie wurde ausschließlich als Gefahr für Leib und Leben angesehen – angesichts der bedrohlichen Bilder aus Bergamo eine nachvollziehbare Wahrnehmung. Allerdings konnte aufgrund dieses Framings nicht in den Blick geraten, dass jede Krise ein komplexes, gesamtgesellschaftliches Geschehen ist. Virologische und epidemiologische Expertise galt daher als einzig maßgeblicher Bezugspunkt für politisches Entscheiden. Der explizite Bezug der deutschen bzw. österreichischen Regierungsspitze auf die infektionsepidemiologische Lage in Form von Reproduktionsraten, Inzidenzen und Hospitalisierungen legte den Eindruck nahe, dass sich aus den Zahlen automatisch ein bestimmtes politisches Handlungsprogramm ableiten lasse. Diese (zu) enge Kopplung von Wissenschaft und Politik eröffnete der Wissenschaft die Chance, mittels programmatischer Denkschriften, die vor allem einen Konsens der normativ Gleichgesinnten zum Ausdruck brachten, politischen Druck auszuüben (Bogner, 2022). Dies wurde auch am Beispiel vieler Ad hoc-Stellungnahmen der Nationalen Akademie Leopoldina deutlich: Sofern politische Streitfragen hauptsächlich als Sachfragen verstanden werden, schlüpft die Wissenschaft recht leicht in die Rolle eines politischen Akteurs (Hirschi, 2021). Der Politik – auf der anderen Seite – eröffnet sich im Kontext der Epistemisierung die Möglichkeit, ihre Maßnahmen als rein evidenzgesteuert und darum ideologiefrei darzustellen. Es entsteht der Eindruck, als habe sich Politik darauf zu beschränken, wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Maßnahmen zu übersetzen.

Ein weiteres Beispiel für Epistemisierung liefert die Klimakrise. Der Streit um die richtige Klimapolitik hat sich lange Zeit auf Wissensfragen konzentriert: Ist der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur eine Folge menschlicher Aktivitäten oder nur ein Indiz für natürliche Klimaschwankungen? Wie hoch wird die Temperatur steigen, wenn die Treibhausgasemissionen nicht stark gedrosselt werden? Und welche Folgen wird die globale Erwärmung insbesondere für die Länder des Südens haben? Der Meinungsstreit bezieht sich in all diesen Fragen – anders als in Wertkonflikten – nicht auf die normative Bewertung der Klimafolgen. Es ist unbestritten, dass eine globale Erwärmung von drei oder vier Grad Celsius für einen Großteil der Weltbevölkerung katastrophale Folgen hätte. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen steht vielmehr die Frage, ob die Prognosen über die Eintrittswahrscheinlichkeit der allgemein als negativ bewerteten Ereignisse zuverlässig sind. Es wird daher um die Plausibilität von Risikoberechnungen, Folgenabschätzungen und Zukunftsszenarien gerungen. Kurzum: In den Vordergrund treten epistemische Fragen.

Es ist daher nur folgerichtig, dass sich der klimapolitische Konflikt seit vielen Jahren an der Glaubwürdigkeit und wissenschaftlichen Qualität des Weltklimarats (IPCC) festmacht. Die immer wieder aufflammende Kritik am IPCC unterstreicht letztlich nur den zentralen Stellenwert dieses Expertengremiums im Klimastreit (Beck, 2012). Die grundlegende Frage freilich, durch welche normativen Überlegungen die Zielsetzungen der Klimapolitik geleitet sein sollten, spielt in den öffentlichen Debatten nur eine nachrangige Rolle (Müller-Salo, 2020). So entsteht der Eindruck, als wäre die Klimakrise in erster Linie ein Gegenstand von Expertise, Wahrheit und kognitiver Kompetenz. Wenn alle die Fakten wirklich verstanden haben, so die Erwartung, wird eine fortschrittliche Klimapolitik möglich sein. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, als seien normative Abwägungsfragen (wie zum Beispiel: »Sollen wir E-Autos fördern?«) eigentlich Sachfragen, auf die es nur eine richtige, aber viele falsche Antworten gibt. Man geht dementsprechend davon aus, dass Krisen und Konflikte durch die Macht der Zahlen, Daten und Fakten gelöst werden können. Man geht davon aus, dass alles gesagt ist, wenn die Wissenschaft gesprochen hat. Man glaubt, dass sich aus wissenschaftlicher Evidenz automatisch die richtige Politik ergibt.

Eine epistemisierte Krisenpolitik ist also in mehrerlei Hinsicht problematisch. Zum einen erzeugt sie Exklusionseffekte, weil die Teilhabe am politischen Diskurs die Überwindung hoher Zugangshürden voraussetzt. Schließlich ist es dringend erforderlich, auf der Basis einschlägigen Sachstandswissens zu argumentieren, um politisch eine Stimme zu bekommen. Zweitens erzeugt eine epistemisierte Politik Ideologiefekte. Der feste Glaube daran, dass wissenschaftliches Sachstandswissen automatisch ein politisches Handlungsprogramm enthält, unterstützt die Ideologie der Alternativlosigkeit. Die autoritative Kraft der Fakten lässt die gewählten politischen Maßnahmen als einzig denkbare, rationale Lösung erscheinen. Wer sich dagegen ausspricht, vertritt demnach nicht eine andere normative Position, sondern hat Probleme mit den Fakten. Drittens: Der Kurzschluss von Wissen und Werten bringt die Politik in die Position des Schiedsrichters. Denn ihre Aufgabe wird es, darüber zu wachen, dass niemand vom Pfad der Wahrheit abweicht. Das Kerngeschäft der Politik, nämlich tragfähige Kompromisse auf Basis breiter Inklusion zu finden, wird dabei an den Rand gedrängt.

Die Interpretation der Demokratiekrise als Wissenskrise

Dass sich die Demokratie heute im Weltmaßstab in einer tiefgreifenden Krise befindet, ist mittlerweile keine überraschende Nachricht mehr. Wir haben uns daran gewöhnt, mit gedämpfter Stimme über die liberale Demokratie wie über eine chronisch kranke Patientin zu sprechen. Noch vor wenigen Jahren war dies unvorstellbar. Nach 1989 schien es für kurze Zeit, als sei das sprichwörtliche Ende der Ge-

schichte gekommen, weil nach dem Sieg des Westens über den kommunistischen Ostblock keine ernsthafte Alternative zur Demokratie existierte und ein weiterer politischer Fortschritt daher weder wünschenswert noch denkbar war (Fukuyama, 1992). Die liberale Demokratie schien gewissermaßen eine Regierungsform ohne innere und äußere Feinde zu sein. Die Diagnose vom Ende der Geschichte mag angesichts ganz ähnlicher Diagnosen in der Vergangenheit nicht sonderlich originell gewesen sein, doch die immense positive Resonanz, die sie in der Öffentlichkeit und den Massenmedien auslöste, verweist darauf, dass sie mit den Erwartungen westlicher Gesellschaften harmonierte.

Diese Erwartungen haben sich unter dem Eindruck realpolitischer Ereignisse der letzten beiden Jahrzehnte gründlich gewandelt. Der modernisierungstheoretisch unterfütterte Optimismus, der Demokratisierung als einen linearen und unumkehrbaren Prozess verstand, ist verflogen. Demokratie erscheint heute wie ein fragiles Gut, das steter Pflege bedarf, und nicht länger wie ein robustes Möbelstück, das man für immer besitzt, wenn man es sich einmal angeschafft hat. Längst ist die historische Einsicht wieder gegenwärtig, dass man Demokratie verlieren kann. Und tatsächlich ist der globale Drang nach Demokratie seit der Jahrtausendwende in eine veritable Rezession übergegangen: Während ab 1970 bis zum Jahr 2000 die Anzahl der demokratischen Staaten kontinuierlich zunahm, ist sie im Anschluss wieder deutlich gesunken (Diamond, 2015). Mit Blick auf die weltweiten Erfolge des Rechtspopulismus – etwa in Gestalt der Präsidentschaften Trumps, des Brexits oder Orbáns stabiler Regentschaft in Ungarn – wird deutlich, dass der Rückzug der Demokratie sich oft gar nicht durch Gewalt und Staatsstreiche vollzieht, sondern vielmehr durch eine schleichende Erosion. Diese kommt durch eine Manipulation der demokratischen Spielregeln zustande, die das System von innen her aushöhlt (Levitsky und Ziblatt, 2019).

Die Sozialwissenschaften haben auf diese Entwicklung mit gesellschaftsdiagnostisch orientierten Begrifflichkeiten reagiert, die insgesamt recht Ähnliches meinen. Die einflussreichen Diagnosen einer »Postdemokratie« (Crouch, 2008), »Postpolitik« (Žižek, 2010) oder »simulativen Demokratie« (Blühdorn, 2013) sehen die Hauptgefahr für die Demokratie im Ausbleiben politischer Beteiligung und öffentlich ausgetragener Konflikte. Den entstehenden Leerraum, so die Vermutung dieser Theoretiker, nutzen die neoliberalen Eliten; sie entmachten den Souverän und betreiben ihre eigene Interessenpolitik. Eine rezente Variante dieser Demokratiekritik fokussiert weniger auf Eliten, denn auf die Macht der Experten: Durch die Auslagerung politischer Entscheidungen an nicht-majoritäre Institutionen (Zentralbanken, Verfassungsgerichte, Expertenkommissionen) umgibt sich demokratische Politik mit einer Aura der Alternativlosigkeit, die auf Seiten der vom Diskurs Ausgeschlossenen zu Politikverdrossenheit oder Protesten führt (Schäfer und Zürn, 2021). Diese moderne Variante der Technokratie schafft einen Resonanzraum für rechtspopulistische Bewegungen, weil die mangelhafte Repräsentation

der Schlechtergestellten eine Begründung für den Angriff auf die Grundlagen der Demokratie liefert (Manow, 2020). Aus der Summe dieser und ähnlicher Diagnosen ergibt sich ein deutliches Bedrohungsszenario: Die Demokratie befindet sich im Zangengriff von Rechtspopulismus, Autoritarismus und Technokratie.

Vor diesem Hintergrund lautet die naheliegende Frage: Wie lässt sich die Demokratie retten? Unter den vielen Antworten auf diese Frage sind in letzter Zeit vor allem jene hörbar geworden, die eine Rettung auf epistemischem Wege anstreben. Das heißt, die Krise der Demokratie wird in erster Linie als eine Wissenskrise verstanden und die Rettung der Demokratie geschieht auf instrumentelle Weise, nämlich durch die Bereitstellung besseren Wissens (vgl. Brennan und Landmore, 2021). In der Kontroverse darüber, wie man zu besserem Wissen gelangen könne, um die Qualität demokratischer Politik zu gewährleisten, gehen die Positionen weit auseinander. Auf der einen Seite stehen Demokratietheoretiker, die unter dem Titel »Epistokratie« eine elitäre Form der liberalen Demokratie anstreben. Der Aufstieg des Rechtspopulismus wird als eine Folge allgemeiner Ignoranz in der Wahlbevölkerung verstanden. Die Argumentation lautet im Kern: Die Dummen wählen dumme Politiker und stehen daher einer fortschrittlichen, aufgeklärten Politik im Weg (Brennan, 2017). Man muss also, um die Demokratie zu retten, politische Partizipation nach den kognitiven Fähigkeiten der Leute staffeln. Das kann in der Praxis heißen, dass sich das Wählervolk einer Art Sozialkunde-Test unterziehen muss, um die individuelle Wahlberechtigung zu erwerben (so wie man den Führerschein auch nur nach einem bestandenen Test erhält). Alternativ könnte man auch dafür sorgen, dass die Wahlentscheidungen offensichtlich uninformerter oder ignoranter Bürger auf Grundlage einer statistischen Abschätzung dessen, was ihre »eigentlichen«, nämlich einschlägig aufgeklärten Präferenzen seien, korrigiert werden (vgl. Brennan, 2021, S. 380).

Aus dieser epistokratischen Perspektive erscheint die liberale Demokratie der Gegenwart als eine Diktatur der Dummen, in der Ahnungslose und Desinteressierte über die Zukunft der Nation (und unterlegener Minderheiten) bestimmen, ohne im Mindesten zu verstehen, worum es überhaupt geht. Für eine echte Teilnahme an Demokratie, so die Schlussfolgerung, sind daher kognitive Zugangshürden notwendig. Die pauschale Forderung nach mehr Demokratie, um die Demokratie lebendig zu halten, gilt in dieser Perspektive als kontraproduktiv.

Natürlich gibt es Gegenpositionen in diesem Diskurs, die auf die epistemische Überlegenheit uneingeschränkter Demokratie verweisen. Gerade in kontroversen, uneindeutigen Fragen gelte es, die sprichwörtliche Weisheit der Vielen zu nutzen (Landmore, 2021). Die Idee dahinter lautet, dass kognitive Diversität, also die Vielzahl unterschiedlicher Erfahrungen und Weltansichten, in einem öffentlichen Erwägungsprozess prinzipiell immer zu besseren Ergebnissen führt als die noch so überlegene Kompetenz eines einzelnen Entscheiders. Denn in einem kollektiven Prozess können fehlerhafte Argumente korrigiert, bislang unberücksichtigte Perspektiven

eingebraucht und daher neue Lösungen entwickelt werden. Dass Landemore (2021, S. 365f.) die demokratischen Vorzüge dieser »Weisheit der Vielen« am Beispiel des berühmten Films »Die zwölf Geschworenen« darstellt, ist allerdings bezeichnend. Schließlich geht es in diesem Film um den Aushandlungsprozess unter Geschworenen in einem Mordprozess. Es geht also um eine klare Sachfrage: Ist der Angeklagte schuldig oder nicht? Die Geschworenen müssen sich zur Abwägung dieser Frage wie Detektive in die Rekonstruktion des Tathergangs vertiefen, die Bedeutung von Indizien kritisch beurteilen und Zeugenaussagen hinterfragen. Kurzum, der gesamte Deliberationsprozess ist durch ein Problem-Framing charakterisiert, das sich entlang des Gegensatzes von wahr und unwahr entfaltet. Doch entspricht dieses Problem-Framing im Gerichtssaal den Erfordernissen typisch politischer Abwägungen?

All jene, die (wie Brennan und Landemore, 2021) die Krise der Demokratie mit einer Wissenskrise identifizieren, machen einen entscheidenden Fehler: Sie glauben, dass sich auf politische Fragen stets objektiv richtige Antworten finden lassen; sie glauben, dass sich politische Konflikte durch Rekurs auf Fakten und Wahrheiten lösen lassen und besseres Wissen automatisch bessere, emanzipative Politik garantiert. Auf der Basis dieses (Aber-)Glaubens lässt sich dann entweder für eine Herrschaft der Wissenden (Brennan) oder für uneingeschränkte Partizipation (Landemore) plädieren, je nach politischem Temperament. Doch politische Fragen sind nur in den seltensten Fällen Sachfragen, die sich im Rekurs auf Fakten, Daten und Statistiken eindeutig und eindeutig richtig beantworten lassen.

Natürlich, damit keine Missverständnisse entstehen: Die Politik soll sich an Fakten orientieren und nicht an »alternativen Wahrheiten«; sie soll sich auf wissenschaftliche Expertise stützen, nicht auf Verschwörungstheorien. Jedoch: Die Interpretation der Demokratiekrise als Wissenskrise muss in der Praxis zu Überhitzungen führen, weil alle Anstrengungen darauf gerichtet sind, das intellektuelle Niveau im Gesellschaftsmaßstab maximal anzuheben. Jede Einschränkung der Partizipation (Landemore) bzw. jede Partizipation ohne verbindlichen IQ-Test (Brennan) muss dementsprechend als Skandal erscheinen – weil mit der Qualität des Wissens nicht weniger als das Überleben der Demokratie auf dem Spiel zu stehen scheint. Wer die Rettung der Demokratie auf diese Weise als Herkulesaufgabe konzipiert, legt heroische Lösungen nahe. Denn die Krise, die als riesengroße, aber einmalige Prüfung erscheint, lässt sich dann nur noch quasi handstreichartig, durch eine gewaltige Anstrengung aller Kräfte, überwinden. Dafür aber hat man das Problem, so die Vorstellung, für immer gelöst.

Wissenschaftsskepsis als epistemische Fundamentalopposition

In der Pandemie ist ausgiebig darüber diskutiert worden, inwiefern die Gesellschaft von Polarisierung betroffen sei. Mit Blick auf Deutschland wurde dabei kritisch ins Feld geführt, dass die allgegenwärtige Rede von einer gesellschaftlichen Spaltung empirisch gar nicht bestätigt werden könne (Mau et al., 2023). Auch wenn in der politischen Rhetorik die Extreme stärker bedient würden, so gebe es doch in der Bevölkerung einen relativ breiten Überlappungsbereich an Einstellungen und Wertvorstellungen, der konstruktive Abwägungen und Kompromisse möglich mache. Für die USA wurde demgegenüber auf Basis reichhaltiger empirischer Forschung diagnostiziert, dass die Polarisierung in den letzten 20 Jahren eindeutig zugenommen hat, und zwar mit Blick auf die politische Ideologie: Kein anderer Faktor spielt für die Abneigung gegenüber anderen Gruppen, mit denen man sich nicht identifiziert (»out-group«), eine so große Rolle wie die parteipolitische Orientierung. Selbst gegenüber Moslems, Latinos oder Schwulen ist die Sympathie höher. Die zunehmend negativen Gefühle gegenüber den Angehörigen der jeweils anderen Partei lassen auf »affektive Polarisierung« schließen (Iyengar, 2021).

Diese affektive Polarisierung hat mit Blick auf das Zweiparteiensystem in den USA eine gewissermaßen institutionelle Grundlage. Die Entwicklung dieser Polarisierung lässt sich daher über weite Zeiträume messen und vergleichend untersuchen. Mit Blick auf zeitlich eng begrenzte Krisen und Konflikte ist das schwieriger. Im Folgenden geht es denn auch nicht um ein empirisches Argument zur Debatte über Polarisierung. Vielmehr soll am Beispiel der sogenannten Wissenschaftsskepsis und auf Basis der bisherigen Argumentation dafür sensibilisiert werden, dass die Epistemisierung des Politischen im Prinzip zu affektiver Polarisierung beiträgt, auch wenn (oder gerade weil) dies von den beteiligten Akteuren weder intendiert noch reflektiert wird.

Der Begriff der Wissenschaftsskepsis ist etwas missverständlich, schließlich gehört Skepsis zur DNA der Wissenschaft. Weil Skepsis der Motor des wissenschaftlichen Fortschritts ist, achtet die Wissenschaft darauf, dass jede Wahrheitsbehauptung auf den Prüfstand gestellt wird; in diesem Zusammenhang wird auch von »organisierter Skepsis« gesprochen (Merton, 1973, S. 277). Kurzum, wissenschaftliche Skepsis stellt eine Form der Kritik dar, die wissenschaftlich wichtig und anschlussfähig ist. Im Gegensatz dazu kann man von Wissenschaftsskepsis sprechen, wenn Kritik an der Wissenschaft (ihren Diskursen, Praktiken und Institutionen) für die Wissenschaft selbst keinen Informationswert hat. Wissenschaftsskepsis zielt nicht auf Weiterentwicklung, sondern auf Diskreditierung der Wissenschaft. Das Dagegen-Sein verläuft im Modus »unbestimmter Negation« (Kumkar, 2021); es geschieht auf eine Weise, die einen wirklichen Wettbewerb der Argumente vermeidet und somit Lerneffekte hinsichtlich der eigenen Überzeugung ausschließt. Allerdings ist Wissenschaftsskepsis nicht immer von einer einheitlichen politischen Gesinnung

oder von einem gemeinsamen Programm getragen. Wissenschaftsskepsis ist in verschiedenen Milieus anzutreffen und von unterschiedlichen Motivationen getragen.

Handelt es sich bei der Wissenschaftsskepsis um eine ideologisch konsistente Strategie gut organisierter Interessengruppen zur Verfolgung einer koordinierten Politik, spricht man von »Science Denialism«, und der Rückgriff auf das Englische ist kein Zufall. Denn insbesondere in den USA bildet Wissenschaftsskepsis die Grundlage einer breiten politischen Bewegung. Bekannte Argumentationen lauten, dass der Klimawandel ein Mythos ist, dass es so etwas wie Evolution nicht geben kann oder dass AIDS nicht existiert bzw. nichts mit dem HI-Virus zu tun hat. Organisierte Interessengruppen (Tabakfirmen, Ölkonzerne, Think Tanks) schüren Zweifel an der Mainstream-Wissenschaft oder halten wissenschaftliche Erkenntnisse zurück, um fortschrittliche Politik zu verzögern oder zu verhindern (Oreskes und Conway, 2010). Der Begriff der Leugnung impliziert, dass die Betroffenen wider besseren Wissens Unwahrheiten verbreiten und damit vergleichbares Unheil wie die Holocaustleugner anrichten, was zweifellos überzogen ist. Unbezweifelbar ist jedoch ihr politischer Einfluss. Dies liegt an einer vergleichsweise großen ideologischen Geschlossenheit, die sich in den USA im Kampf gegen eine aktive Klimapolitik, gegen die Evolutionstheorie an Schulen, gegen Gender- und postkoloniale Theorien äußert.

Dass gerade im Zuge der Klima- bzw. Coronakrise das Thema Wissenschaftsskepsis so prominent wurde, kann im Kontext der oben beschriebenen Epistemisierung des Politischen nicht überraschen. Schließlich verlagert sich in diesem Fall der politische Streit auf epistemisches Gelände. Zwecks Abwehr der Wahrheitsansprüche jener Experten, deren Wissen zur Legitimation unerwünschter Maßnahmen taugt, werden von Seiten der Maßnahmenkritiker »alternative Wahrheiten« geltend gemacht. Beispielsweise wird behauptet, dass der gesunde Menschenverstand eine tiefere Wahrheit repräsentiere oder persönliche Erfahrungen der abstrakten Logik der Wissenschaft überlegen seien; gegenüber wissenschaftlichen Normen wie Objektivität und Unvoreingenommenheit werden Werte wie Authentizität, Unmittelbarkeit und Intuition stark gemacht (Ten Kate et al., 2021; van Zoonen, 2012).

Diese kritiklose Idealisierung des gesunden Menschenverstands lässt sich als Kern eines speziellen Populismus verstehen, der sich auf Wissenschaft und Experten bezieht. Die Logik dieses »epistemischen Populismus« (Mede und Schäfer, 2020) lautet in Grundzügen folgendermaßen: Der gesunde Menschenverstand basiert auf den authentischen Alltagserfahrungen der (»einfachen«) Leute. Deshalb ist er glaubwürdiger als das theoretische bzw. ideologische Wissen einer »abgehobenen« akademischen Elite. Denn diese verfolgt mit ihrer Forschung stets eine politische Agenda (insbesondere in der Klima- oder Gender-Debatte). Deshalb ist das »Volk« gegenüber den elitären »Besserwissern« moralisch überlegen und immer im Recht (Eberl et al., 2021). Der epistemische Populismus ist eine Trotzreaktion auf den Zwang, die eigene normative Position im Rekurs auf Wissen und Wahrheit begründen und

verteidigen zu müssen. Wer im Kampf der Fakten nicht bestehen kann, dem bleibt letztlich nichts anderes, als die etablierte Faktenwelt zu attackieren. Der Rekurs auf zweifelhafte Experten, auf Fake News und, im Extremfall, Verschwörungstheorien ist Ausdruck eines Protests, der sich unter dem Druck der Epistemisierung eben auch auf epistemischer Ebene radikalisiert. Letztlich geht es darum, die eigenen Wertvorstellungen und Handlungsweisen mit Bezug auf epistemische Autoritäten zu verteidigen. Die Hochkonjunktur der Wissenschaftsskepsis, die wir gerade in der Coronakrise erlebt haben, lässt sich nur dann richtig verstehen, wenn man die Handlungszwänge begreift, die sich aus der Epistemisierung des Politischen ergeben.

An dieser Stelle wird auch deutlich, welches Polarisierungspotenzial in der Transformation von Polit- in Sachfragen steckt: Denn in all jenen Krisen und Konflikten, in denen nicht einfach – notwendigerweise partikulare – Interessen oder irrtumsanfällige Meinungen auf dem Spiel stehen, sondern etwas Absolutes, nämlich die Wahrheit (oder das bessere Wissen), gibt es kaum noch Freiräume für Verständigung und Kompromisse (Dotson, 2021). Die Toleranz für Dissens muss zwangsläufig abnehmen, wenn Wahrheitsfragen auf dem Spiel stehen (wie vorläufig auch immer diese Wahrheiten sein mögen). So wird der politische Gegner recht schnell zum Feind der Vernunft, zum kompletten Ignoranten. Schließlich geht es in diesen Konflikten um richtig oder falsch, und wer im politischen Handeln (oder in seinen individuellen Entscheidungen) mangels einschlägiger Expertise sozusagen objektiv danebenliegt, muss entweder dumm sein oder im Sinne des »motivated reasoning« strategisch handeln. Wir erinnern uns an die Begriffe des »Corona-Leugners«, der »Covidioten« oder »Schwurbler«. Sie machen deutlich, dass in der Pandemie die ideologisch heterogene Impf- und Maßnahmengegnerschaft vor allem als kollektiver Ausdruck individueller kognitiver Defizite interpretiert wurde. Letztlich trug die feste Überzeugung sowohl der Maßnahmenbefürworter wie auch ihrer Kritiker, das überlegene Wissen auf der eigenen Seite zu haben, zu einer affektiven Polarisierung bei, die sich schon im Jargon verriet, mit dem man übereinander sprach.

Resümee

Dass Moralisierung die Intensität von Konflikten steigert, weil mit dem Einklagen hochrangiger Werte nicht länger etwas Verhandelbares auf dem Spiel steht, sondern etwas Absolutes, gehört zu den Grundeinsichten der Konfliktsoziologie (vgl. van den Daele, 2013). Konflikte drohen schnell zu überhitzen, wenn Werte im Spiel sind, schließlich setzt der Rekurs auf Werte wenigstens implizit die Existenz des »Unwerten« voraus. Weil Werte in der sozialen Realität praktisch geltend gemacht und das heißt: gegen Widerstand durchgesetzt werden müssen, haben sie eine Ten-

denz zum Kriegerischen (Schmitt, 2020). Wer Werte ins Spiel bringt, ist bereit, all das, was er oder sie als wertlos oder minderwertig erachtet, zu bekämpfen. Die Ausweitung der Kampfzone ist dabei vorprogrammiert, denn eine unbezweifelbare Autorität gibt es in Wertefragen nicht (oder nur im Bereich der Religion). Außerdem stehen mit der Berufung auf Werte immer auch die Integrität und Glaubwürdigkeit der ganzen Person auf dem Spiel. Damit entfällt der Schutzcharakter jener zahlreichen Konstellationen im gesellschaftlichen Alltag, in denen man »nur« eine Rolle erfüllt.

Aber es ist eben nicht nur der explizite Rekurs auf hochrangige Werte (wie Menschenwürde, Gerechtigkeit oder Autonomie), welcher erbitterte Auseinandersetzungen anzetteln und dauerhafte Feindschaften begründen kann. Auch der Rekurs auf Wissen ist in der Lage, eine moralisierende Kraft zu erzeugen – sofern die in diesem Artikel angeführten empirischen Beobachtungen stichhaltig sind. Moralisierung liegt nahe, wenn Konflikte oder Krisen als epistemisches Problem interpretiert werden. Denn in diesem Fall werden Vernunft, Wahrheit oder das bessere Wissen zum höchsten, unverhandelbaren Wert. Das heißt, Wahrheit wird nicht in einem wissenschaftlichen Sinn verstanden (nämlich als revidierbar), sondern als politische Motivations- und Legitimationsressource. Dass es in diesen Wissenskonflikten – im Gegensatz zu Wertekonflikten – Autoritäten eigener Art gibt, nämlich Experten oder Gegenexperten, bedeutet nicht zwangsläufig, dass sich der Streit leicht eindämmen oder schlichten ließe. Schließlich weitet sich der Konflikt recht schnell auf die Frage aus, wer überhaupt als epistemische Autorität im konkreten Fall gelten darf und welche Verbindlichkeit deren Aussagen oder Erkenntnisse für die politische Streitfrage hat. Anders als in der Religion gibt es in der Wissenschaft kein oberstes Schiedsgericht, und dies gilt in besonderem Maße dann, wenn angesichts ungewohnter oder überraschender Problemstellungen kanonisches Wissen oder sogar grundlegende Daten fehlen.

In Summe heißt das: Moralisierung ist keine Tendenz, die sich ausschließlich dem erklärten Willen zum Normativen verdankt. Vielmehr kann die Logik der Moralisierung gewissermaßen absichtslos auch dort greifen, wo es eigentlich um Rationalisierung geht, also im Zuge der Transformation politischer Streitfragen in wissenschaftlich entscheidbare Sachfragen. In diesem Fall erscheint Moralisierung quasi als Nebenfolge einer Epistemisierung des Politischen. Schließlich wird mit dem Anspruch auf Wahrheit in der politischen Arena nicht wissenschaftlich umgegangen. Das heißt, Wahrheit gilt in diesem Kontext nicht als revidierbar, sondern als harte Währung. Zur harten Währung kann Wissen werden, wenn aufgrund bestimmter Annahmen und Überzeugungen die Definition (oder das »Framing«) des Problems so eng geworden ist, dass es zur naheliegenden, gleichsam mit algorithmischer Zwangsläufigkeit sich ergebenden Lösung keine Alternativen mehr gibt. Die politische Rhetorik der Alternativlosigkeit ist dann in empirischer Hinsicht der Einstieg in die Moralisierung. Immer dann, wenn politische Handlungsspielräume

durch den Verweis auf wissenschaftlich oder technisch begründete Sachzwänge erfolgreich geleugnet werden, muss das Offenhalten von Alternativen als Ausdruck einer moralisch fragwürdigen Politik erscheinen, die sich leichtfertig der Macht der Fakten entzieht.

Um Missverständnisse zu vermeiden: In akuten Krisenphasen bzw. in Katastrophenfällen ist eine Rhetorik der Alternativlosigkeit nicht nur nachvollziehbar, sondern sogar legitim, nämlich dann, wenn Experten darüber aufklären sollen, was im vorliegenden Notfall zu tun ist. Sobald jedoch eine akute Krisensituation überwunden ist, verhilft der Rekurs auf besseres Wissen nicht mehr dazu, Konflikte schnell und reibungslos zu beenden, im Gegenteil. Das hat man am Beispiel der Coronakrise gesehen: Als die Kritik an der bald als zu eng empfundenen Wahrnehmung der Pandemie (als reine Gesundheitskrise) öffentlichkeitswirksam wurde, begann die Krise bald ihren Charakter zu verändern. Die Pandemie galt dann nicht mehr einfach als Gesundheitskrise, sondern als ein komplexes Geschehen, in dem bald auch Demokratie und Wissenschaft unter Druck gerieten.

Konflikte, die als Wissens- oder Wahrheitsproblem verstanden werden, haben ein erhebliches Polarisierungspotenzial. Schließlich geht es in diesem Fall nicht einfach um Interessen oder Verteilungsfragen. Verteilungskonflikte werfen für alle Beteiligten die Basisfrage auf, wie viel sie jeweils von dem gemeinsam angestrebten Gut bekommen. Solche Konflikte formulieren daher eine Einladung zur konstruktiven Verhandlung, weil von vornherein klar ist, dass ein Kompromiss notwendig sein wird. Schließlich steht nicht etwas Absolutes auf dem Spiel, sondern etwas Teilbares (vgl. Hirschman, 1994). Eine Lösung ist in Reichweite, solange der Konflikt nicht als Nullsummenspiel verstanden und der politische Gegner nicht zum Feind dämonisiert wird. In den oben beschriebenen Wissenskonflikten jedoch, geht es nicht um Teilbares, sondern um etwas Absolutes, nämlich das bessere Wissen (also höhere Einsicht oder »Wahrheit«). Daher wird der Platz für Verhandlungen, Kompromisse und Zugeständnisse eng. Denn in diesen Fällen geht es um die Verwirklichung (oder Verhinderung) der Vernunft, man könnte fast sagen: um alles oder nichts.

Literatur

- Beck, S. (2012) »From truth to trust: Lessons learnt from »Climategate««, in Hogl, K., Kvarda, E., Nordbeck, R. und Pregernig, M. (Hg.) *Environmental governance: The challenge of legitimacy and effectiveness*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 220–241.
- Blühdorn, I. (2013) *Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.
- Bogner, A. (2021) *Die Epistemisierung des Politischen: Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.

- Bogner, A. (2022) ›Konsenspolitik: Wie die Wissenschaft in der Krise zum politischen Akteur wird‹, in Rudolf Augstein Stiftung (Hg.) *Follow the science – aber wohin? Wissenschaft, Macht und Demokratie im Zeitalter der Krisen*. Berlin: Links-Verlag, S. 25–42.
- Brennan, J. (2017) *Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Berlin: Ullstein.
- Brennan, J. (2021) ›In defense of epistocracy: Enlightened preference voting‹, in Hannon, M. und de Ridder, J. (Hg.) *The Routledge Handbook of Political Epistemology*. Abingdon: Routledge, S. 374–383.
- Brennan, J. und Landmore, H. (2021) *Debating democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Crouch, Colin (2008) *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- van den Daele, W. (2013) ›Moralisierung in Technikkonflikten‹, in Bogner, A. (Hg.) *Ethisierung der Technik – Technisierung der Ethik: Der Ethik-Boom im Lichte der Wissenschafts- und Technikforschung*. Baden-Baden: Nomos, S. 29–50.
- Diamond, L. (2015) ›Facing Up to the Democratic Recession‹, *Journal of Democracy*, 26(1), S. 141–155.
- Dotson, T. (2021) *The divide: How fanatical certitude is destroying democracy*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Eberl, J.M., Huber, R.A. und Greussing, E. (2021) ›From populism to the »plan-demic«: Why populists believe in COVID-19 conspiracies‹, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(S1), S. 272–284.
- Fukuyama, F. (1992) *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?* München: Kindler.
- Hirschi, C. (2021) ›Expertise in der Krise: Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise‹, *Leviathan*, 49(38), S. 161–186.
- Hirschi, C. (2022) ›Zur problematischen Vorbildfunktion der Klimakrise für die Corona-Krise‹, in Rudolf Augstein Stiftung (Hg.) *Follow the science – aber wohin? Wissenschaft, Macht und Demokratie im Zeitalter der Krisen*. Berlin: Links-Verlag, S. 73–97.
- Hirschman, A.O. (1994) ›Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?‹, *Leviathan*, 22(2), S. 293–304.
- Iyengar, S. (2021) ›The polarization of American politics‹, in Hannon, M. und de Ridder, J. (Hg.) *The Routledge Handbook of Political Epistemology*. Abingdon: Routledge, S. 90–100.
- Krude, E. (2024, 20. November) *Mit Wahrheit oder mit Mehrheit? Reflexionen zur Migrationsdebatte*. Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/argumentation-expertise-normen-demokratie/> (Zugriff am: 29.11.2024).
- Kumkar, N.C. (2021) ›Unbestimmte Negation: Gegenexpertise als alternative Fakten‹, *Leviathan*, 49(38), S. 90–110.

- Landemore, H. (2021) ›An epistemic argument for democracy‹, in Hannon, M. und de Ridder, J. (Hg.) *The Routledge handbook of political epistemology*. Abingdon: Routledge, S. 363–373.
- Lane, R.E. (1966) ›The decline of politics and ideology in a knowledgeable society‹, *American Sociological Review*, 31(5), S. 649–662.
- Lévi-Strauss, C. (Hg.) (1975) ›Das Feld der Anthropologie‹, in *Strukturelle Anthropologie II*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11–44.
- Levitsky, S. und Ziblatt, D. (2019) *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. München: DVA.
- Manow, P. (2020) *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, S., Lux, T. und Westheuser, L. (2023) *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mede, N.G. und Schäfer, M.S. (2020) ›Science-related populism: Conceptualizing populist demands toward science‹, *Public Understanding of Science*, 29(5), S. 473–491.
- Merton, R. (1973) *The sociology of science: Theoretical and empirical investigations*. Chicago: University of Chicago Press.
- Müller-Salo, J. (2020) *Klima, Sprache und Moral: Eine philosophische Kritik*. Stuttgart: Reclam.
- Oreskes, N. und Conway, E.M. (2010) *Merchants of doubt: How a handful of scientists obscured the truth on issues from tobacco smoke to global warming*. New York: Bloomsbury.
- Schäfer, A. und Zürn, M. (2021) *Die demokratische Regression: Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Schmitt, C. (2020) *Die Tyrannei der Werte*. 4. Aufl. (Orig. 1960). Berlin: Duncker & Humblot.
- Ten Kate, J., de Koster, W. und van der Waal, J. (2021) ›Following your gut‹ or ›Questioning the scientific evidence‹: Understanding vaccine skepticism among more-educated Dutch parents‹, *Journal of Health and Social Behavior*, 62(1), S. 85–99.
- Žižek, S. (2010) *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- van Zoonen, L. (2012) ›I-Pistemology: Changing truth claims in popular and political culture‹, *European Journal of Communication*, 27(1), S. 56–67.